

lich nur Asien oder Afrika in Betracht kommen.

Das IOK stimmt im September 2001 über die Gastgeberschaft von 2008 ab.

Der neuerliche „Rückfall“ im Umgang mit Dissidenten, wie er gerade im Dezember 1998 wieder zutagegetreten ist, könnte die Chancen der Volksrepublik erneut schmälern, falls sich bis 2001 nicht eine grundlegende „Besserung“ einstellt. -we-

Innenpolitik

12 Jiang Zemin und Li Peng warnen vor „feindlichen Kräften“ und lehnen „westliche Demokratie“ ab

Staats- und Parteichef Jiang Zemin hat im Dezember in mehreren Reden die Aufrechterhaltung der staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen „Stabilität“ zum erstrangigen Ziel der Regierungsarbeit erklärt und eine harte Linie gegenüber allen Herausforderungen durch Korruption in der Funktionärsschicht, politische Opposition und soziale Unruhen angekündigt. Die Parteispitze ist zum Ende des Jahres offenkundig zu dem Schluß gekommen, daß die politische, soziale und wirtschaftliche Lage durch schwerwiegende Spannungen gekennzeichnet ist, die nur durch entschlossene staatliche Disziplinierungsmaßnahmen im Zaume zu halten sind. Mit Blick auf das kritische Jahr 1999 mit seinen vielen symbolträchtigen Jahrestagen (insbesondere den runden Jahrestagen der Protestbewegung von 1989 und der Gründung der VR China 1949) bekennt die Parteiführung sich nun offen zu einem restriktiven und repressiven Kurs gegenüber allen Gefährdungen der Parteiherrschaft.

Das derzeitige politische System unter Führung der Kommunistischen Partei, so sagte Jiang auf einer Konferenz zum 20. Jahrestag des Reformplenums von 1978 sowie auf einer nationalen Tagung des Polizei- und Justizapparats, dürfe unter keinen Umständen erschüttert oder geschwächt werden. Westliche politische Systeme dürften niemals kopiert werden. Nur die Beibehaltung und „Vervollkommnung“ des sozialistischen politischen

Systems werde die Einheit Chinas, soziale Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung gewährleisten. Die Globalisierung ziehe weitreichende Folgen für die „ökonomische Sicherheit“ Chinas nach sich. Die Souveränität Chinas müsse deshalb mit großer Wachsamkeit gegenüber den Infiltrationsversuchen „innerer und äußerer feindlicher Kräfte“ verteidigt werden. Alle Faktoren, die die Stabilität gefährdeten, müßten bereits im Keime erstickt werden. Den Sicherheitsorganen komme hierbei eine entscheidende Rolle zu. (Xinhua, 18./23.12.1998)

Die Nummer Zwei in der Parteihierarchie, NVK-Präsident Li Peng, äußerte sich in ähnlicher Weise wie Jiang Zemin offen ablehnend gegenüber der „westlichen Demokratie“ und politischer Liberalisierung in einem Interview mit dem *Handelsblatt* (HB, 1.12.1998). Als wichtige „Lehren“ und Bezugspunkte für seine Äußerungen verwies Li Peng auf die Erfahrungen mit einem politischen Ordnungsverlust während der Periode der „Kulturrevolution“, auf die negativen Folgen der Desintegration der KPdSU sowie auf die aus seiner Sicht abstoßenden Seiten des westlichen Parlamentarismus, der zu destruktiven politischen Konflikten und Entscheidungsblockaden führe: „Wirtschaftliche Entwicklung beruht auf politischer Stabilität. Man muß einen Mittelweg zwischen Reform, Entwicklung und Stabilität finden.“

Zu Versuchen, oppositionelle Organisationen in China zu gründen, sagte Li Peng: „Wir werden uns solche Organisationen genau anschauen. Wenn sie gegen die Verfassung und die Grundsätze der chinesischen Politik verstoßen, gegen die sozialistische Marktwirtschaft und gegen die nationale Einheit sind, politische Unabhängigkeit und ein Mehrparteiensystem fordern oder gar die Führung der KP in Frage stellen, werden wir sie nicht dulden“.

Die jüngsten Erfahrungen der „Asienkrise“ haben offensichtlich einen tiefen Eindruck in der politischen Führung hinterlassen und das Mißtrauen gegenüber außenwirtschaftlichen Liberalisierungsschritten erheblich vergrößert. Li Peng: „Entwicklungsländer müssen sich im Finanzsektor schützen, sonst werden wir wieder unter dem Joch der reichen Länder leiden und unsere Souveränität verlieren.“ -hei-

13 Harte Urteile gegen Dissidenten – Verschärfung der politischen Repression

Im November und Dezember hat die chinesische Justiz ihre zwischenzeitlich duldsame Haltung gegenüber den Aktivisten der oppositionellen „Demokratischen Partei Chinas“ und anderer Untergrundorganisationen aufgegeben. (Siehe Xinhua, 22.12.1998; NYT, 28./30.12.1998; AWSJ/IHT, 28.12.1998; zum Hintergrund s. im Detail C.a., 1998/9, S.933-936.)

Vier Dissidenten – Xu Wenli, Qin Yongmin, Wang Youcai und Zhang Shanguang – wurden im Dezember in Schnellverfahren und teils ohne Rechtsbeistand zu Haftstrafen zwischen zehn und dreizehn Jahren verurteilt. Ihnen wurden „Umsturzversuch“, illegale Beziehungen zu „feindlichen Organisationen im Ausland“ beziehungsweise Verrat von „Staatsgeheimnissen“ angelastet.

Zwei Mitglieder der chinesischen Exilopposition – Zhang Lin und Wei Quanbao – , die sich (auf einem Lastwagen versteckt) nach China eingeschmuggelt hatten, um die dortigen politischen Aktivitäten zu unterstützen, wurden aufgegriffen und wegen illegalen Grenzübertritts sowie angeblicher Kontakte zu Prostituierten zu dreijährigen Freiheitsstrafen verurteilt.

Bei allen sechs Verurteilten handelt es sich um Veteranen der Protestbewegung von 1989, die von der chinesischen Justiz als „Rückfällige“ besonders hart bestraft werden.

Die Repressionswelle steht im Zusammenhang mit einer allgemeinen Verschärfung des politischen Klimas und intensivierten Disziplinierungsbemühungen der Parteispitze gegenüber allen „Faktoren“ der Instabilität (siehe die Übersicht „Jiang Zemin und Li Peng warnen vor 'feindlichen Kräften' und lehnen 'westliche Demokratie' ab“ in diesem Heft). Vor dem Hintergrund zunehmender wirtschaftlicher und sozialer Spannungen und unter dem Eindruck der „Asienkrise“ ist die chinesische Führung seit den Sommermonaten schrittweise in einen restriktiven „Krisenmodus“ eingeschwenkt, der schon wie in früheren Krisenperioden eine weitreichende Zentralisierung und Ideologisierung der politi-

schen Willensbildung und Entscheidungsfindung mit sich bringt (siehe C.a. 1998/8. S.799-800).

Die chinesischen Medien berichteten ungewöhnlich offen über die Verurteilung der Dissidenten und Rechtfertigung der harten Urteile, indem sie auf einschlägige Bestimmungen des chinesischen Strafrechts hinwiesen. Auch die von China im September 1998 unterzeichnete Internationale Konvention über bürgerliche und politische Rechte sehe in den Artikeln 18-22 Einschränkungen der Meinungs-, Rede-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit im Dienste der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vor. Es handle sich deshalb bei der Verurteilung von „Kriminellen“, die die „Staatsicherheit“ bedrohen, nicht um Menschenrechtsverletzungen. Auch westliche Staaten – unter anderem die USA – sähen die Grenze politischer Betätigung bei Aktivitäten, die auf den Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichtet seien. (Xinhua, 22.12.1998)

Der Einschätzung Andrew Nathans (Columbia University, New York) zufolge, der zu den kenntnisreichsten Beobachtern der chinesischen Opposition in der westlichen Chinaforschung gehört, haben die Gründer der „Demokratischen Partei Chinas“ ihre Möglichkeiten und Grenzen falsch eingeschätzt, als sie die zeitweilige Duldung durch die Sicherheitsbehörden als grundlegenden Politikwechsel an der Parteispitze interpretierten. Auch hätten sie das Gewicht außerparteilicher Aktivitäten wie auch der ausländischen Öffentlichkeit für die innenpolitische Willensbildung in China überschätzt: „[The dissidents] decided that initiations for change could come from outside rather than inside the Communist Party. But that was never true.“ (IHT, 28.12.1998) -hei-

14 Der Ständige Ausschuss des NVK stärkt Haushaltskontrolle – Umfassendes Gesetzgebungsprogramm

Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses (NVK) hat in seiner letzten Sitzung im Jahre 1998 das lang erwartete und mehrfach überarbeitete Wertpapiergesetz (siehe Übersichten „Binnenwirtschaft“ bzw. „China Monthly Data“ in diesem Heft) sowie das Militärdienstgesetz verabschiedet. Mit dem Militärdienstgesetz

wird die Zeit der Dienstpflicht von bisher bis zu vier Jahren auf nur noch zwei Jahre reduziert. Zugleich wird das Strafmaß für Personen, die sich der Dienstpflicht entziehen, sowie für Unternehmen und Organisationen, die einem solchen Delikt Vorschub leisten (etwa Unternehmen, die Militärdienstpflichtige für Gelegenheitsarbeiten anwerben), geregelt. Auch räumt das Gesetz Militärdienstpflichtigen Privilegien bei der Wiedereingliederung in zivile Berufe und Ausbildungen nach Beendigung der Dienstzeit ein. (Xinhua, 23./29.12.1998)

Langfristige Auswirkungen auf die Tätigkeit und das politische Gewicht des Ständigen Ausschusses des NVK dürfte die auf der Dezembertagung beschlossene Errichtung einer Haushalts-Arbeitskommission des NVK sein. Mit der Gründung dieses ständigen Arbeitsorgans sollen die haushaltspolitische Kompetenz und die Kontrollmöglichkeiten des NVK gegenüber der Regierung erhöht werden. Die neue Haushalts-Arbeitskommission, die bemerkenswerter Weise vom ehemaligen Direktor der Nationalen Rechenkontrollbehörde, Guo Zhenqian, geleitet wird, soll eng mit dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss des NVK zusammenarbeiten. Führende Repräsentanten des NVK hatten in den vergangenen Jahren immer wieder ihre passive Rolle in der Haushaltsaufstellung und Haushaltskontrolle gegenüber der Regierung beklagt.

Darüber hinaus gab NVK-Präsident Li Peng ein umfassendes Gesetzgebungsprogramm für die nächsten vier Jahre bekannt, das knapp 90 neue Gesetzesdokumente umfassen soll – darunter neben einer Vielzahl von Wirtschafts- und Steuergesetzen auch politisch sensible Gesetze über die Aufsichtsbefugnisse der Volkskongresse gegenüber den Exekutiven, über die Organisation des Staatsrates, über das Presse- und Publikationswesen sowie über die Gründung von Vereinigungen. -hei-

15 Politische Kontrolle über Medien und Verlagswesen bekräftigt

Die Propaganda-Abteilung des KP-Zentralkomitees und ihr staatlicher Arm – die Presse- und Publikationsbehörde – sowie das Oberste Volksgericht haben im Dezember mehrere

Weisungen erteilt, die eine erhebliche Verschärfung des Strafmaßes für die Produktion und den Vertrieb illegaler politischer und pornographischer Schriften, Videobänder usw. mit sich bringen.

In der *Volkszeitung* wurde eine neue Auslegung (*jieshi*) des Obersten Volksgerichtes zu strafrechtlichen Implikationen der Herstellung und des Vertriebes illegaler Druckerzeugnisse abgedruckt. Den Urhebern von Schriften, Film-, Fernseh- und Videobeiträgen sowie von Software, die von den Gerichten als Aufwiegelung zum Sturz der Staatsmacht beurteilt werden, drohen danach bis zu lebenslängliche Haftstrafen. (RMRB, 23.12.1998)

In einem Bericht der *Volkszeitung* wurden einige Tage später – offensichtlich zur Abschreckung – mehrere Fälle geschildert, in denen 1998 langjährige Haftstrafen und hohe Geldstrafen gegen Verleger, Hersteller und Verkäufer illegaler Medien-Erzeugnisse ausgesprochen worden waren. (RMRB, 29.12.1998; NZZ, 30.12.1998)

In einem Zirkular der Staatlichen Presse- und Publikationsbehörde wurden die Leiter staatlicher Medien dazu verpflichtet, die positiven Errungenschaften der Reformpolitik in ihrer Berichterstattung in den Vordergrund zu rücken, die Diskussion politischer Strukturreformen nur noch unter restriktiven Kriterien zuzulassen und politische Abweichungen von der offiziellen Linie der Parteiführung konsequent zu unterbinden. Die ungefilterte Übernahme ausländischer Druck- und Filmerzeugnisse in den Medien soll wesentlich schärfer kontrolliert und eingedämmt werden. Dies gelte auch insbesondere für Produkte aus Hongkong und Taiwan, die zum Teil „schwerwiegende politische Probleme“ aufwiesen.

Seit 1994 sollen die chinesischen Behörden fast 30 Millionen illegale Bücher und Periodika sowie 35 Millionen illegale Audio- und Video-Produkte beschlagnahmt haben. Für 1999 wurde eine entschiedene Bekämpfung solcher Produkte angekündigt. (Xinhua, 24.12.1998) -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

16 Stand der Hochschulreform

Im Jahr 1998 ist die Hochschulreform hinsichtlich der Ablösung der zentralstaatlichen Zuständigkeit der Hochschulen ein gutes Stück vorangekommen. Während Ende 1997 erst 86 Hochschulen gemeinsam von der Zentrale und lokalen Regierungen verwaltet wurden (vgl. C.a., 1997/12, Ü 20), sind es Ende dieses Jahres bereits 648 der insgesamt etwa 1.030 Hochschulen (s. XNA, 25.11.98). Auch die Selbstfinanzierung des Studiums ist jetzt allgemein an der Tagesordnung. Es wird geschätzt, daß 5-7 Prozent der über 3 Millionen Hochschulstudenten ihr Studium nicht selbst finanzieren können und daher ein Stipendium, Darlehen oder sonstige Zuwendungen benötigen oder sich durch Teilzeitarbeit Geld verdienen müssen. Studenten aus Armutgebieten erhalten Unterstützung aus einer Stiftung, die speziell für diesen Zweck vom Zentralkomitee der Kommunistischen Jugendliga, dem Allchinesischen Studentenverband und der Fujianer Heng'an-Gruppe im Jahre 1997 gegründet wurde. (XNA, 20.12.98)

Bezüglich der Zuständigkeit steht fest, daß nicht alle Hochschulen der Zentrale und den Provinzregierungen unterstellt werden. Vielmehr wird ein Teil von ihnen bei der Zentrale bleiben. Ob es sich hierbei um die bisherigen etwa 100 Schwerpunkthochschulen handelt, ist nicht bekannt. Möglicherweise verbleiben bedeutend weniger bei der Zentrale. Diese Auffassung ließe sich aus einem Bericht der *Volkszeitung* über eine Tagung ableiten, die das Bildungsministerium mit dem Hochschulbeirat vom 23.-25. Dezember 1998 veranstaltete (vgl. RM-RB, 28.12.98). In dem Hochschulbeirat sind die Präsidenten und Parteisekretäre der dem Bildungsministerium direkt unterstehenden Hochschulen vertreten. In dem Artikel ist von 44 derartigen Hochschulen die Rede, deren Vertreter an der Beiratssitzung

teilnahmen. Ob an der Sitzung alle dem Bildungsministerium unterstellten Hochschulen teilnahmen, mit anderen Worten, ob es insgesamt nur 44 dieser Hochschulen gibt, läßt sich nicht sagen. Auch welche Hochschulen zu dieser Gruppe gehören, ist nicht bekannt. Die folgenden 13 Hochschulen zählen aber mit Sicherheit dazu, weil deren Vertreter auf der Beiratssitzung Diskussionsbeiträge lieferten:

Qinghua-Universität, Beijing-Universität (Beida), Zhejiang-Universität, Sichuan-Universität, Jiaotong-Universität Xi'an, Nanjing-Universität, Jiaotong-Universität Shanghai, Industriehochschule Jilin, Tongji-Universität (Shanghai), Naturwissenschaftlich-technische Universität Dalian, Jilin-Universität, Naturwissenschaftlich-technische Universität Zentralchina und Universität Chongqing. -st-

17 Perspektiven der Hochschularbeit im 21. Jahrhundert

Auf einer Tagung des Bildungsministeriums mit dem Hochschulbeirat, die vom 23.-25. Dezember 1998 in Beijing stattfand, befaßten sich die Vertreter der dem Ministerium direkt unterstellten Hochschulen mit den Herausforderungen des 21. Jh. für die Hochschularbeit. Auch Li Lanqing, Politbüromitglied und stellvertretender Ministerpräsident, nahm an der Sitzung mit einem Referat teil. Er sah die wichtigste Herausforderung für die Hochschulen, sich der Aufgabe zu stellen, hochqualifizierte Fachleute auszubilden, denn „das 21. Jh. werde ein Zeitalter einer auf Wissen gegründeten Wirtschaft sein“. In diesem Zeitalter würde Wissen, insbesondere Wissenschaft und Technik, für die wirtschaftliche Entwicklung und den gesellschaftlichen Fortschritt eine immer wichtigere Rolle spielen. Im Wettbewerb der Nationen gehe es letztlich um den Wettbewerb von Fachleuten und von wissenschaftlich-technischem Fortschritt. Deshalb gelte es, hervorragende Fachleute für das nächste Jahrhundert auszubilden. Die Auffassung von Bildung, die Lehrinhalte und Lehrmethoden müßten grundlegend verändert werden. Entscheidend seien gut qualifizierte Lehrkräfte; diese sollten nach Leistung entlohnt und unqualifizierte Lehrkräfte entlassen werden.

Außerdem forderte Li Lanqing, die Hochschulreform voranzutreiben. In vier Punkten wies er auf die wichtigsten Reformen hin:

1. Anhebung der Qualität und Effektivität der Hochschulbildung; Ausweitung der Hochschulbildung, etwa durch den Aufbau eines pluralen Systems unter Ein-schluß von Berufsbildung und Weiterbildung.
2. Beschleunigung der Reform des Hochschulsystems und der Hochschulstruktur, Verbesserung der Finanzierung und Verwaltung der Hochschulen.
3. Vereinfachung der Organisation der Hochschulen, Reduzierung des Personals, Verbesserung des Personalwesens, Neuordnung der Abteilungen und effektiver Einsatz der Zuwendungen.
4. Verbindung von Produktion, Lehre und Forschung, Beschleunigung der Vermarktung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse, Durchsetzung der Auffassung, daß es wichtigste Aufgabe der Forschung ist, aktuelle Probleme zu lösen und sich dem wirtschaftlichen Aufbau zu widmen, insbesondere der Strukturanpassung der Volkswirtschaft, der Entwicklung von High-Tech-Produkten und deren Anwendung zur Verbesserung der traditionellen Produktion.

Damit fallen den Hochschulen hauptsächlich zwei Aufgaben zu: Talentschmiede für hochqualifizierte Fachleute zu sein, die das Land in seinem Modernisierungsprozeß benötigt, und anwendungsorientierte Forschung im Dienste der Wirtschaft zu betreiben. Die Regierung dringt jedoch auch darauf, daß die Hochschulen entbürokratisiert, d.h. ihre aufgeblähten Apparate abgebaut werden; nur so können sie flexibler und effizienter werden und in der Lage sein, die von ihnen geforderten Aufgaben zu erfüllen. -st-

18 Aufgaben der Akademie der Sozialwissenschaften im 21. Jahrhundert

Auf einer Arbeitskonferenz unter Leitung ihres Präsidenten Li Tieying hat die Akademie der Sozialwissenschaften im Dezember 1998 ihre Arbeit für das Jahr 1999 festgelegt und über die Schwerpunkte der Sozialwissen-